

# 15. KONGRESS ARMUT UND GESUNDHEIT

4./5. Dezember 2009

GESUNDHEIT FÜR ALLE - ETHIK IM SPANNUNGSFELD

Lothar Binding

## Regierung in der Erkenntnisfalle – Muss sie vor der Tabakindustrie geschützt werden?

Vergünstigung oder Bestechung, Drohung oder Verunglimpfung – sicher schrecken Lobbyisten auch davor nicht immer zurück – Regierungsmitglieder sind Objekte öffentlichen Interesses und privater Interessen. Aber in einer Demokratie, in der feinen Gesellschaft?

Viel mehr geht es um das Denken. Regierungsmitglieder sind nicht minder intelligent als andere Leute auch. Und doch erreichen manche einfache wissenschaftliche aber auch dem gesunden Menschenverstand folgende Erkenntnisse das Regierungshandeln nicht.

Der Dauerbeschuss der Regierung und ebenso der Parlamente und auch der Öffentlichkeit mit richtigen, halbahren und falschen Informationen hat eine Dimension erreicht, dass offensichtlich bestimmte Wahrheiten und Erkenntnisse auf der Strecke bleiben. Eigentlich evidente Erkenntnisse werden so hinterhältig in Informationsmüll eingebettet, dass sie nicht mehr geeignet scheinen, daraus eine politische Entscheidung oder gar eine Handlungsorientierung abzuleiten. Ein Beispiel: Während bei 15.000 Toten nach jahrelangem Widerstand eines FDP-Ministers in den 70ern die Gurtpflicht Gesetz wurde, wird bei 140.000 Toten durch Rauchen und mehr als 3.000 Toten durch Passivrauchen keine Notwendigkeit einer gesetzlichen Regelung für den Gesundheitsschutz gesehen. Heute haben wir weniger als 5.000 Verkehrstote.

Marketingstrategen bezeichnen die versteckte Beeinflussung der Öffentlichkeit und somit auch der Politiker als Konsumenten von Nachrichten als "no badge"-Aktivitäten. No badge-Aktivitäten bezeichnen Öffentlichkeitsmaßnahmen wie Meinungsumfragen, Leserbriefe, Beiträge in Online-Foren, vorproduzierte Medienbeiträge und Blog-Beiträge, bei denen Urheber oder Auftraggeber nicht erkennbar sind. Die Politikerinnen und Politiker werden nicht nur durch Briefe oder das, was die Interessengruppen Informationsmaterial nennen, nein auch durch öffentliche Agitation, Werbung, Verbreitung wahrer und falscher Aussagen und Bilder an Wahrnehmungen, Meinungen, Erkenntnisse gewöhnt. Manchmal über Jahre oder Jahrzehnte. Diese Vorbereitung, ihre Einbettung als Normalität in unseren politischen beruflichen Alltag ist selbst Bestandteil des Lobbyismus.

Die Tabakindustrie hat ein Netz von Politikern und ehemaligen aktiven Politikern als „Botschafter“ aufgebaut. Das bekannteste Beispiel ist sicherlich die ehemalige Bundestagsabgeordnete der Grünen, Marianne Tritz, die heute als Geschäftsführerin für den Deutschen Zigarettenverband (DV) tätig ist. Die Tabak-Lobby hat die Grünen-Politikerin erfolgreich umgedreht, denn niemand kennt den Gegner besser als die Überläuferin.

Wer über die Gefahren des Rauchens spricht, gerät in die Gefahr, lächerlich gemacht zu werden... eine zielgerichtetes Ergebnis als Folge einer bekannten Strategie der Zigaretten- bzw. Tabaklobby: der Redikülisierung. Die Tabaklobby hat die finanzielle Ausstattung, um mit großen Geschützen ihre Interessenspolitik zielgenau in die Bundesregierung und ins Parlament zu steuern. Viele Machenschaften sind heute dank der wachsamen Augen der Öffentlichkeit enttarnt worden.

Auch wenn nicht alle Regierungsmitglieder gleichermaßen gefährdet sind, die Antwort auf die Frage „Muss die Regierung vor der Tabakindustrie geschützt werden“, lautet ganz eindeutig ja! Aus diesem Grund sind die internationalen Leitlinien der WHO zum Schutz von Regierungen und Parlament vor der Einflussnahme der Tabakindustrie zu befolgen.

### **Lothar Binding, MdB**

#### **Kontakt:**

Lothar Binding, MdB

Platz der Republik 1

11011 Berlin

E-Mail: [Lothar.Binding@Bundestag.de](mailto:Lothar.Binding@Bundestag.de)

Homepage: [www.Lothar-Binding.de](http://www.Lothar-Binding.de)

[Zurück zur Übersicht](#)